

Satzung**über die Leistungen der Feuerwehr der Stadt Duisburg sowie über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten (Feuerwehrsatzung) vom 19. Juni 1989¹**

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 19. Juni 1989 auf der Grundlage der vorgelegten Kostentarifberechnung die folgende Satzung beschlossen. Die Satzung beruht auf:

- § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1984 -Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen (GV. NW. 1984, Seite 475)-, zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Oktober 1987 (GV. NW. 1987, Seite 342).
- § 36 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen (FSHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1989 (GV. NW. 1989, Seite 102).

§ 1**Leistungen der Feuerwehr**

- (1) Die Stadt Duisburg betreibt eine Feuerwehr als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Feuerwehr erfüllt in erster Linie die Pflichtaufgabe nach § 1 Abs. 1 FSHG, Schadenfeuer zu bekämpfen sowie bei Unglücksfällen und bei solchen öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden, Hilfe zu leisten.
- (3) Darüber hinaus kann die Feuerwehr auf Antrag auch sonstige Hilfeleistungen erbringen. Ein Rechtsanspruch auf solche Hilfeleistungen besteht nicht.

§ 2**Kostensatz³**

- 1) Die Einsätze der Feuerwehr nach § 1 Abs. 2 sind unentgeltlich, soweit in Abs. 2 nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Die Stadt Duisburg verlangt Ersatz der ihr durch den Einsatz der Feuerwehr entstandenen Kosten
 1. von dem Verursacher, wenn er die Gefahr oder den Schaden vorsätzlich herbeigeführt hat,
 2. von dem Betreiber von Anlagen oder Einrichtungen gemäß § 24 Abs. 1 Satz 1 im Rahmen ihrer Gefährdungshaftung nach sonstigen Vorschriften,
 3. von dem Fahrzeughalter, wenn die Gefahr oder der Schaden beim Betrieb von Kraft-, Schienen-, Luft- oder Wasserfahrzeugen entstanden ist, sowie von dem Ersatzpflichtigen in sonstigen Fällen der Gefährdungshaftung,
 4. von dem Transportunternehmer, Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden bei der Beförderung von brennbaren Flüssigkeiten im Sinne der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (VbF) vom 13. Dezember 1996 (BGBl. I, S. 1937) in der jeweils geltenden Fassung oder von besonders feuergefährlichen Stoffen oder gefährlichen Gütern im Sinne der Gefahrgutverordnung Straße (GGVS) vom 12. Dezember 1996 (BGBl. I, S. 1886) in der jeweils geltenden Fassung oder § 19 g Abs. 5 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 12. November 1996 (BGBl. I, S. 1695) in der jeweils geltenden Fassung entstanden ist,
 5. von dem Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten, wenn die Gefahr oder der Schaden beim sonstigen Umgang mit brennbaren Flüssigkeiten oder besonders feuergefährlichen Stoffen oder gefährlichen Gütern gemäß Nr. 4 entstanden ist, soweit es sich nicht um Brände handelt,

6. vom Eigentümer, Besitzer oder sonstigen Nutzungsberechtigten einer Brandmeldeanlage außer in Fällen nach Nummer 7, wenn der Einsatz Folge einer nicht bestimmungsgemäßen oder missbräuchlichen Auslösung war,
7. von einem Sicherheitsdienst, wenn dessen Mitarbeiter eine Brandmeldung ohne eine für den Einsatz der Feuerwehr erforderliche Prüfung weitergeleitet hat,
8. von demjenigen, der vorsätzlich grundlos die Feuerwehr alarmiert.

(3) Die Höhe des Kostenersatzes bestimmt sich nach dem anliegenden Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

(4) Soweit der Kostenersatz nach Stunden berechnet wird, ist die Zeit vom Ausrücken der Mannschaften, Fahrzeuge und Geräte von der Feuerwache bis zu ihrem Wiedereintreffen maßgebend. Angefangene Stunden werden als ganze Stunden berechnet.

§ 3

Entgelte für freiwillige Hilfeleistungen der Feuerwehr

(1) Für sonstige Hilfeleistungen der Feuerwehr im Sinne des § 1 Abs. 3 werden privatrechtliche Entgelte auf Grund einer besonderen Vereinbarung erhoben.

(2) Die Höhe dieser Entgelte richtet sich nach dem in § 2 Abs. 3 genannten Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

(3) Soweit das Entgelt nach Stunden berechnet wird, ist die Zeit vom Ausrücken der Mannschaften, Fahrzeuge und Geräte von der Feuerwache bis zu ihrem Wiedereintreffen maßgebend. Angefangene Stunden werden als ganze Stunden berechnet.

(4) Die entgeltspflichtige Leistung der Feuerwehr kann von der Vorausentrichtung des Entgelts oder von der Hinterlegung einer Sicherheit abhängig gemacht werden.

§ 4

Kostenschuldner

(1) Zur Zahlung des Kostenersatzes für Einsätze der Feuerwehr nach § 1 Abs. 2 sind die in § 2 Abs. 2 genannten Personen verpflichtet. Mehrere Kostenersatzpflichtige haften als Gesamtschuldner.

(2) Zur Zahlung des Entgelts für die in § 1 Abs. 3 genannten sonstigen Hilfeleistungen der Feuerwehr ist derjenige verpflichtet, der die Leistung in Anspruch nimmt, bestellt oder bestellen läßt. Mehrere Entgeltpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 5

Entstehung und Fälligkeit der Kostenschuld

(1) Der Kostenersatzanspruch nach § 2 entsteht mit Beendigung der kostenersatzpflichtigen Leistung der Feuerwehr. Er wird mit der Bekanntgabe des Kostenersatzbescheides fällig, wenn in dem Bescheid nicht ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist.

(2) Der Entgeltanspruch nach § 3 entsteht mit Beendigung der entgeltpflichtigen Leistung der Feuerwehr. Er wird im Zeitpunkt des Entstehens fällig, wenn nicht die Stadt einen späteren Zeitpunkt festsetzt.

§ 6**Haftung**

(1) Die Haftung für Schäden im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Leistungen nach dieser Satzung wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

(2) Bei Schäden Dritter hat der Kostenersatzpflichtige oder der Entgeltpflichtige die Stadt von Ersatzansprüchen freizustellen, es sei denn, daß der Feuerwehr grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

§ 7**Inkrafttreten**

(1) Diese Satzung tritt am 1. August 1989 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung über Inanspruchnahme freiwilliger Leistungen der Feuerwehr der Stadt Duisburg und Gebührenerhebung (Feuerwehrsatzung) vom 17. November 1975 (Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 22/1975, S. 256), zuletzt geändert durch die 4. Änderungssatzung vom 4. Januar 1989 (Amtsblatt für die Stadt Duisburg Nr. 2/1989, Seite 5) außer Kraft.

¹ Amtsblatt für die Stadt Duisburg 21/1989, S. 161 ff.

² Amtsblatt für die Stadt Duisburg 2/1997, S. 13 ff.
1. Änderung vom 10.01.1997,
Neufassung Kostentarif

³ Amtsblatt für die Stadt Duisburg 42/1998, S. 335
2. Änderung vom 16.12.1998,
§ 2 Abs. 2 neu

⁴ Amtsblatt für die Stadt Duisburg 9/2003, S. 113 ff.
3. Änderung vom 11.03.2003,
Neufassung Kostentarif

Anlage**Kostentarif zur Feuerwehrsatzung in der Fassung vom 11. März 2003^{2, 4}**

		Maßstab je	(EUR)
1. <u>Personaleinsatz</u>			
1.1.	Beamte des mittleren Dienstes	Stunde	34,80
1.2.	Beamte des gehobenen Dienstes	Stunde	46,00
1.3.	Beamte des höheren Dienstes	Stunde	64,30
1.4.	Angehörige der Freiw. Feuerwehr	Stunde	17,00
2. <u>Fahrzeugeinsatz</u>			
2.1.	Löschfahrzeuge ohne Besatzung		
2.1.1.	bis 12 t zul. Gesamtgewicht	Stunde	36,40
2.1.2.	über 12 t zul. Gesamtgewicht		
2.1.2.1.	Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeug	Stunde	90,60
2.1.2.2.	Vorauslöschfahrzeug	Stunde	59,50
2.2.	Hilfeleistungsfahrzeuge ohne Besatzung		
2.2.1.	Rüstwagen bis 12 t zul. Gesamtgewicht	Stunde	51,30
2.2.2.	Rüstwagen über 12 t zul. Gesamtgewicht	Stunde	200,90
2.2.3.	Kranwagen	Stunde	257,00
2.2.4.	Drehleiter	Stunde	115,40
2.2.5.	Feuerlöschboot	Stunde	335,20
2.3.	sonstige Fahrzeuge ausschließl. PKW bis 12 t zul. Gesamtgewicht	Stunde	56,60
2.4.	PKW	pro km	0,69
2.5.	Sonderlöschmittel und sonstige Ver- brauchsmaterialien	werden nach tatsächlich verbrauchten Mengen zu den gültigen Tagespreisen in Rechnung gestellt. Des- gleichen wird das Aus- dampfen von Auffangbe- hältern gesondert berechnet.	

		Maßstab je	(EUR)
3. <u>Geräteeinsatz</u>			
3.1.	Sauerstoffbehandlungsgerät	bis zu 5 Std. je Stunde	8,60
		über 5 Std. bis zu 24 Std.	43,00
3.2.	Wasserstrahl- und E-Pumpe	bis zu 5 Std. je Stunde	8,60
		über 5 Std. bis zu 24 Std.	43,00
3.3.	Sonstige Kleingeräte	bis zu 5 Std. je Stunde	8,60
		über 5 Std. bis zu 24 Std.	43,00
4. <u>Prüfen von Geräten</u>		je Stunde	tatsächlicher Aufwand nach Ziffer 1. und tat- sächlich an- fallende Sach- kosten
5. <u>Prüfen und Instandhalten der Feuer- meldeanlagen</u>			
5.1.	Prüfen eines Hauptmelders	je Stunde	tatsächlicher Aufwand nach Ziffer 1. und tat- sächlich an- fallende Sach- kosten
5.2.	Überprüfen einer Feuermelde- schleife bzw. Feuermeldelinie	je Stunde	wie vor
5.3.	Abnahme einer Feuermeldeanlage	je Stunde	wie vor
5.4.	Überprüfung einer Feuermeldeanlage	je Stunde	wie vor

	Maßstab je	(EUR)
6. <u>Sonstige Leistungen der Feuerwehr</u>		tatsächlicher Aufwand nach Ziffer 1. und 2. sowie tatsächlich anfallende Sachkosten
7. <u>Einsatz privater Hilfsorganisationen</u>		Die durch den Einsatz privater Hilfsorganisationen anfallenden Kosten sind in voller Höhe durch den Kostenersatzpflichtigen zu tragen.
8. <u>Missbräuchliche Alarmierung</u>		601,00